

Hintergründe der Politik der Unabhängigkeit und Teilung Südasiens im Jahr 1947

von A.G. Noorani

Indiens Unabhängigkeit von der britischen Herrschaft war unvermeidlich, jedoch nicht die politische Einheit Indiens. Diese hätte ebenfalls erkämpft werden müssen. Da das Land jedoch unmittelbar mit der Unabhängigkeit auch in zwei separate Staaten aufgeteilt wurde, sind solche Anstrengungen für eine politische Einheit nicht energisch genug verfolgt worden. Ein Jahrzehnt zuvor hatte sich niemand einen solchen Ausgang des Unabhängigkeitskampfes erträumen lassen.

Schon 1833 sagte der britische Staatsmann Thomas Barbington Macaulay im britischen Unterhaus, daß die Menschen Indiens in naher Zukunft, sobald sie eine europäische Ausbildung absolvierten, europäische Institutionen und Rechte fordern würden.

Indiens Fortschritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit hing an einer Übereinkunft zwischen dem 'Indian National

Congress'(INC) und der 'All India Muslim League'. Diese Übereinkunft war so schwer faßbar, daß die Briten beschlossen, Indien zu verlassen und die beiden zerstrittenen Parteien mit der Regierung der beiden neuen Staaten zurückließen.

Keine der beteiligten Parteien, einschließlich der Briten, hatte die Lage Indiens eingehend analysiert. Die Gesellschaftsstruktur war vielfältig und nach Religionen, Sprachen und Kasten gegliedert. Es wurde recht bald erkannt, daß das westliche Demokratieprinzip des freien und gleichen Wahlrechtes ("one man - one vote") in Indien zu einer Mehrheitsbildung auf religiöser Basis führen würde und nicht zu einer zwischen politischen Parteien. Indische Politiker dachten deshalb schon früh an verfassungsrechtliche Schutzmaßnahmen für religiöse Minderheiten, eine je-

doch unangepaßte und unsichere Lösung. Dies bahnte den Weg zur Teilung in zwei separate Mehrheitsstaaten, auch wenn mehrfach politische Verhandlungen unternommen wurden.

Der 'Congress' (INC) wurde 1885 gegründet, die 'Muslim League' 1906. Mohammad Ali Jinnah, der spätere Führer der 'Muslim League', war zu dieser Zeit auch Mitglied des 'Congress' und verließ ihn erst 1926, nachdem Mohandas K. Gandhi die 'Congress'-Führung angenommen hatte und das Programm der "Nicht-Zusammenarbeit" mit den Briten und des zivilen Ungehorsams ausrief. Im Jahr 1916 beschlossen die beiden Parteien einen Pakt, der die Sitzverteilung der beiden wichtigsten Religionsgruppen festlegte. Darin wurde auch der Forderung der Muslime stattgegeben, wonach nur Muslime bei politischen Wahlen die für sie reservierten Mandate wählen durften.

Die wichtigsten Parteien nahmen zwischen 1930 und 1932 an drei Konferenzen am "Runden-Tisch" teil, zu denen die britische Regierung nach London eingeladen hatte. Dort konnte jedoch keine Übereinstimmung erzielt werden und die britische Regierung erließ den "Government of India Act" (1935). Damit übertrug sie einzig den Provinzen Regierungsverantwortung. Diese, sowie die zahlreichen Feudalstaaten unter britischer Oberhoheit sollten sich zu einem förderativen Bundesstaat zusammenschließen. Das Gesetz trat am 1. April 1937 in Kraft, die Förderation wurde jedoch wegen mangelnder Zustimmung nicht gegründet. Der 'Congress' entschloß sich jedoch zur Teilnahme an den Wahlen zu den Provinzversammlungen und es gab keine fundamentalen Differenzen mit der von Jinnah geführten 'Muslim League'.

Nachdem die Wahlergebnisse bekannt waren, wurde erwartet, daß 'Congress' und 'Muslim League' in einigen Provinzen Koalitionen eingehen würden. Die 'League' war seinerzeit noch nicht sehr stark. Die damaligen Ereignisse lesen sich in den Worten des verfassungsrechtlichen Beraters des General-Gouverneurs, V.P. Menon (1942-1947), wie folgt: "Der 'Congress' entschied sich für homogene Ministerien mit Vertretern der eigenen Partei und wählte deshalb muslimische Minister aus den Reihen der 'Congress'-Partei. Dies war der



Der 'Congress' (INC) wurde 1885 gegründet, die 'Muslim League' 1906. Mohammad Ali Jinnah, der spätere Führer der 'Muslim League', war zu dieser Zeit auch Mitglied des 'Congress' und verließ ihn erst 1926, nachdem Mohandas K. Gandhi die 'Congress'-Führung angenommen hatte. (Foto: 'Outlook')

Anfang einer ernsthaften Auseinanderbewegung zwischen 'Congress' und 'Muslim League' und ließ zuvor politisch neutrale Muslime nunmehr Jinnah unterstützen."

Die 'Congress'-Minister verschlimmerten die Situation zusätzlich durch ihre autoritäre Politik und die mangelnde Sensibilität für die Belange der Muslime und der übrigen Minderheiten. Zwar legten sie ihre Ämter nach dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges nieder, doch waren die Beziehungen zur 'Muslim League' auf einem Tiefpunkt.

Zum ersten Mal legte Jinnah die Theorie dar, daß Hindus und Muslime zwei separate Nationen in Indien begründeten. In einem Artikel der Zeitschrift 'Time and Tide' (London, 19. Januar 1940) führte Jinnah an, daß es in Indien zwei Nationen gebe, die die Regierung ihres gemeinsamen Mutterlandes teilen müßten. Dies ist ein Hinweis auf eine Politik für ein vereintes Indien mit dem Anspruch auf gleichberechtigte Positionen.

Nur zwei Monate später forderte die 'Muslim League' in Lahore die Teilung Indiens auf religiöser Grundlage, in einer Resolution, die die "Zwei-Nationen-Theorie" mit keinem Wort aufgriff. Drei Details dieser Resolution verdienen eine besondere Berücksichtigung. Erstens, es wurden zwei separate und unabhängige Staaten in muslimischen Mehrheitsprovinzen erwähnt, im Osten und im Westen Indiens. Zweitens, zur Beschwichtigung der föderalen Kräfte, wurde den Provinzen zugesichert, daß sie in dem neuen Staat autonom und souverän würden. Noch bis heute ist jedoch die pakistanische Innenpolitik durch das Verhältnis zwischen Zentralisten und Föderalisten belastet. Schließlich wurden eindeutig Grenzkorrekturen der Provinzen vorgesehen.

Die "Pakistan Resolution" erschütterte Indien. Ihr Text wurde jedoch nicht kritisch überprüft, vielmehr wurde diese Resolution entweder blindlings akzeptiert oder aber abgelehnt. Alle verfügbaren Informationen lassen jedoch darauf schließen, daß sie als Anstoß für weitere politische Verhandlungen gedacht war. Diese Resolution änderte den Verhandlungsprozeß um Indiens Zukunft nachhaltig. Die Teilung, beziehungsweise der Staat Pakistan, war zu dieser Zeit noch nicht beschlossen, möglicherweise noch nicht einmal wahrscheinlich. Erst der 'Congress' machte durch seine kurzfristige Politik die Teilung zuerst möglich und schließlich unvermeidlich.

Es war unklug, 1939 die Regierung in den Provinzen niederzulegen; es war reine Blindheit, die Wandparolen nach dem 8. August 1940 nicht wahrzunehmen und schließlich war es verrückt, die "Quit India"-Resolution vom 8. August 1940 anzunehmen, mit der Androhung

des zivilen Ungehorsams und der drohenden Verhaftung auf dem Höhepunkt des Weltkrieges. Damit wurden für die 'All India Muslim League' und die 'Communist Party of India' die Möglichkeit zur politischen Stärkung geschaffen.

Die Erklärung der britischen Regierung vom 8. August 1940 war besonders bedeutend und lenkte die Beachtung auf das Faktum, daß die britische Regierung den Status Indiens als Dominion, d.h. als überseeisches Gebiet, ähnlich dem Kanadas oder Australiens, akzeptierte. Sie bot zudem eine indische Beteiligung im Exekutivrat des General-Gouverneurs sowie in dessen Kriegsbeirat. In dieser Erklärung legte die britische Regierung jedoch auch dar, daß sie weder die Macht an irgendeine Regierung übergeben wollte, deren Legitimation von großen und einflußreichen Kräften in Indien abgelehnt würde, noch ließ den Zwang zur Unterwerfung solcher Gruppen unter die neuen Regierung zu. Jinnah hatte nur in den muslimischen Mehrheitsprovinzen Unterstützung dafür erhalten, von dieser Erklärung Gebrauch zu machen. Weder der 'Congress' noch die 'Muslim League' akzeptierten dieses "August-Angebot", jedoch übersah der 'Congress', daß die 'Muslim League' mit dieser Erklärung einen wichtigen politischen Erfolg erlangt hatte.

Ein weitere Gelegenheit ergab sich zwei Jahre später, als die britische Regierung einen hochrangigen Vermittler nach Indien schickte, um eine Einigung zwischen den beiden Parteien und den Briten zu erzielen. Dabei sollten bestimmte Vorschläge sowohl hinsichtlich des drängenden Bedürfnisses einer populären Vertretung im Exekutivrat um den Krieg fortzusetzen, sowie für einen indischen Verteidigungsrat für ein unabhängiges Nachkriegsindien berücksichtigt werden. Deren Kern lag im Konzept der Machtaufteilung und einer Verfassungsversammlung, die nach Kriegsende gewählt werden sollte.

Dieses Angebot, das am 30. März 1942 bekannt gegeben wurde, entwarf eine "neue Indische Union" aus den britischen Provinzen und den indischen Staaten. Sie akzeptierte jedoch auch erstmalig die Teilung, wozu eine Verfahrensweise für "sich nicht anschließende Provinzen" vorgeschlagen wurde. Diese wurde aber sowohl vom 'Congress' wie auch der 'Muslim League' verworfen.

Mit diesem Zeitpunkt hatte die Teilung an politischer Bedeutung gewonnen. Am 2. April 1942 kritisierte ein Komitee des 'Congress' die secessionistische Idee, um dann jedoch auszuführen, "daß das Komitee nicht daran denke, die Menschen irgendeines Territoriums zwingen könne, gegen ihren er-

klärten Willen in der Indischen Union zu bleiben ..." Das 'Congress'-Wahlprogramm von 1945 wiederholte dieses Prinzip, womit eine frühere Erklärung der 'Congress'-Generalversammlung vom 2. Mai 1942 zunichte gemacht wurde, die für alle Landesteile die Freiheit ausschloß, sich abzuspalten.

Zwischenzeitlich wurde jedoch im März 1944 durch Gandhis Gefolgsmann C. Rajagopa Lachari eine Formulierung gebraucht, die in Distrikten mit muslimischen Mehrheiten eine Volksabstimmung zur Teilung akzeptierte. Am 24. September 1944 bot Gandhi Jinnah während gemeinsamer Gespräche in Bombay seinen Plan für zwei unabhängige Staaten sowie einen Vertrag über gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik an. Somit war die Stimmung zwischen 1940 und 1946 unmißverständlich gegen die Einheit Indiens ausgerichtet. Sowohl Gandhi wie auch der 'Congress' hatten eindeutig das Teilungsprinzip auf der Basis der Zustimmung in den betroffenen Gebieten akzeptiert. Da die 'Muslim League' die Wahlen von 1945 haushoch gewannen, verstrich die Zeit der indischen Einheit rasch.

Interessanterweise erwog Jinnahs Vorschlag vom 12. Mai 1946 an die britische Mission eine indische Konföderation und nicht Pakistan als separaten Staat. Britische Dokumente, die 30 Jahre später publiziert wurden, zeigen, daß diese Mission Jinnah im Mai 1946 die Teilung in zwei Staaten anbot, sofern er auch der Teilung der beiden Provinzen Punjab und Bengalen zustimmte. In beiden Provinzen gab es bei insgesamt leichten muslimischen Mehrheiten jeweils zahlreiche Distrikte mit Hindu-Mehrheiten. Jinnah lehnte dieses Angebot ab.

Stattdessen stimmte der dem Vorschlag der Mission vom 16. Mai 1946 zu einem lockeren Staatenbündnis, nicht jedoch einer Konföderation, zu, das einzig für Außen- und Verteidigungspolitik sowie für Verkehr und Kommunikation zuständig sein sollte. Nach diesem Vorschlag sollten die Provinzen in drei verschiedene Gruppen eingeteilt werden. Sindh, Punjab und die Nordwest-Grenzprovinz sollten der Gruppe B zugehören, Assam und Bengalen der Gruppe C und alle restlichen der Gruppe A. Provinzen der Gruppe A sollten sich nach allgemeinen Wahlen von dieser Gruppe abspalten können, nicht jedoch von der Indischen Union. Am folgenden Tag bezeichnete Gandhi diese Vorschläge als eine Empfehlung an die verfassungsgebende Versammlung, die von dieser "...verändert, verworfen oder auch verbessert werden konnte", wie in Gandhis Zeitschrift 'Harijan' vom 26. Mai ausgeführt wurde. Die anschließende 'Congress'-Politik schloß sich der Haltung Gandhis

an, ließ den Plan jedoch durch die Ablehnung der Provinzen-Eingruppierung scheitern. Der 'Congress' stimmte dem Vorschlag zwar schließlich zu, hielt aber an den eigenen Interpretationen fest. Am 16. Juni 1946 schlug die Mission eine Übergangsregierung für das Zentrum vor, während die zu wählende konstituierende Versammlung eine neue Verfassung entwerfen sollte. Der 'Congress' lehnte dies ab, während Jinnah diese rasch akzeptierte, da er sich sicher sein konnte, daß sie nicht umgesetzt würde. Schließlich zog Jinnah seine ursprüngliche Zustimmung zur vorgeschlagenen Föderation zurück und trat für die Gründung Pakistans ein.

Die Entwicklung verlief unbarmherzig auf ein tragisches Ende zu. Nach der formellen Zustimmung zum Vorschlag der britischen Mission wurde der 'Congress' zur Beteiligung an der Übergangsregierung gerufen, und die 'Muslim League' blieb außen vor. Calcutta wurde von gewalttätigen kommunalistischen Ausschreitungen aufgerüttelt. Der Vizekönig lud Jinnah zu Gesprächen ein, die darauf hinaus liefen, daß auch die 'Muslim League' in die von Jawaharlal Nehru geleitete Übergangsregierung eintrat. Diese wurde jedoch zu einem "geteilten Haus".

Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, lud die britische Regierung die Parteiführer von 'Congress' und 'Muslim League' im Dezember 1946 nach London ein. Zum Ende der Gespräche gab die Regierung eine entschie-

dene Erklärung der Gruppierungsvorschläge der Provinzen vom 16. Mai 1946 ab: "Es gab nie eine Aussicht auf Erfolg für die konstituierende Versammlung außer auf der Grundlage der zugestimmten Verfahrensweise. Sollte diese Versammlung eine Verfassung beschließen, in der ein Großteil der indischen Bevölkerung nicht repräsentiert wäre, so könnte die königliche Regierung, anders als die Verlautbarungen des 'Congress', keinesfalls in Erwägung ziehen, diese Verfassung den unwilligen Landesteilen aufzuzwingen." Dies war eine Ablehnung der 'Congress'-Interpretation und gab der Partei zwei Möglichkeiten: die bedingungslose Akzeptanz dieses Vorschlags oder die Teilung. Der 'Congress' wählte die Teilung. Wiederum lehnte Gandhi dies ab, er riet Assam sich nicht der C-Gruppe anzuschließen, sich von der konstituierenden Versammlung zurückzuziehen und eine eigene Verfassung zu entwerfen. "Jeder Landesteil muß selber Entscheiden und Handeln können" ('Harijan', 29. Dezember 1946).

Am 27. Februar 1947 gab die Britische Regierung ihren Entschluß bekannt, die Regierungsgewalt nicht später als zum 30. Juni 1948 aufzugeben. Diese Erklärung ließ die Frage eines geeinten oder geteilten Indiens offen. Der 'Congress' begrüßte diese Entscheidung, forderte jedoch am 5. März 1947 die Teilung der Provinzen Punjab und Bengalen auf Grundlage der Religionsverteilung. Mit dem Vorbehalt der Teilung

dieser beiden Provinzen stimmte die Partei somit auch der Gründung Pakistans zu.

Der neue Vizekönig und General-Gouverneur, Lord Mountbatten, drängte die beiden Parteien zu einer Übereinstimmung auf dieser Basis. Diese wurde am 3. Juni 1947 bekanntgegeben, von 'Congress' und 'Muslim League' akzeptiert und legte den Grundstein für Indiens Unabhängigkeit und Teilung zum 15. August 1947. Dieser Termin wurde von Mountbatten ausgewählt, um die Machtübergabe zu beschleunigen. Die Bekanntgabe führte unglücklicherweise zu kommunalistischen Gewalttätigkeiten im Punjab und anderswo.

In dieser Erklärung war die Einsetzung einer Grenzkommission vorgesehen, um die Grenzen der muslimischen und nicht-muslimischen Mehrheitsgebiete im Punjab und in Bengalen zu bestimmen. Diese Kommission setzte sich für jede Provinz aus zwei nicht-muslimischen und zwei muslimischen Richtern zusammen sowie dem Vorsitzenden, Sir Cyril Radcliffe, einem britischen Juristen. Radcliffe kannte Indien zuvor nicht. Aufgrund der festgefahrenen Lage zwischen den beiden Parteien zog er selber die Grenzverläufe mit oftmals bizarren Ergebnissen. Obwohl die Kommissionsergebnisse rechtzeitig vor der Unabhängigkeit vorlagen, wurden sie erst später veröffentlicht. Weder Indien noch Pakistan waren mit den Ergebnissen einverstanden.

Während seiner Gespräche mit Gandhi



Jinnah (rechts) mit Nehru (links), Mountbatten und Ismay während einer Konferenz am 7. Juni 1947 in Delhi (Foto: 'Hindu Photo Library')

in Bombay hatte Jinnah erklärt, daß die "Pakistan Resolution" auf "British Indien" beschränkt war, die indischen Feudalstaaten waren davon ausgenommen. Die britische Regierung erklärte im Mai 1946 und wiederholt unmittelbar vor der Machtübergabe, daß ihre Oberhoheit über die Feudalstaaten enden würde und diese ihren ehemaligen Status, d.h. die Unabhängigkeit, wiedererlangen würden. Dies war eine Schande. Die meisten waren Vasallen anderer indischer Staaten und es war absurd 1947 vom Recht der Herrscher auf Souveränität zu sprechen.

Mountbatten bestätigte dies und rief diese Staaten auf, entweder Indien oder Pakistan beizutreten, je nach geographischer Lage und Wunsch der Bevölkerung. Hyderabad (im heutigen indischen Bundesstaat Andhra Pradesh, d. Red.) war komplett von Indien umgeben, die Bevölkerungsmehrheit bestand aus Hindus und der Herrscher war ein Muslim. Trotz der isolierten Lage riet Jinnah dem Nizam von Hyderabad zur Unabhängigkeit. Als erster General-Gouverneur Pakistans stimmte Jinnah zudem dem Antrag von Junagadh zum Anschluß an Pakistan zu, obwohl es eine Hindu-Mehrheit besaß, jedoch war der Herrscher ein Muslim und das Territorium hat einen Hafenzugang. Kaschmir berührte sowohl Indien wie auch Pakistan, sein Herrscher war ein Hindu, die Bevölkerungsmehrheit aber Muslime.

Ihrer Rolle als Staatsmänner mußten

die indischen und pakistanischen Politiker gerecht werden und gemeinsam noch vor der Unabhängigkeit Kriterien für die Aufnahme der Feudalstaaten abstimmen, um bittere Konflikte zu vermeiden. Jinnah verfolgte jedoch einen zynischen Plan. Besessen von Indiens Größe lehnte er die Aufnahme aller Staaten ab, auf die er Einfluß nehmen konnte. In seiner Erklärung vom 30. Juli 1947 sagte er, daß alle indischen Staaten aufgrund der Rechtslage mit dem Ablauf der britischen Oberhoheit automatisch ihre volle Souveränität erhielten und somit frei entscheiden könnte, welchem der beiden Staaten sie sich anschließen oder aber unabhängig bleiben wollten. Demgegenüber erklärte ein 'Congress'-Komitee in einer Resolution vom 15. Juni 1947, daß diese Staaten nach Ablauf der britischen Oberhoheit keine Unabhängigkeit erhielten, vielmehr müßten deren Bevölkerungen über den Verbleib entscheiden. Schon bald nach der Unabhängigkeit hatten sich alle Staaten für den Anschluß entweder an Indien oder an Pakistan entschlossen, mit Ausnahme einzig von Hyderabad, Junagadh und Kaschmir.

Zu Beginn des Oktobers 1947 wurde in Bombay eine vorläufige Regierung von Junagadh eingesetzt, um den Anschluß an Pakistan rückgängig zu machen und den Herrscher zu stürzen. Etwas später drangen bewaffnete Gruppen aus den Stammesgebieten Pakistans in Kaschmir ein und drängten dessen Herrscher letztlich zum Anschluß an Indien.

Am 9. November 1947 drangen indischen Truppen in das belagerte Junagadh ein. Dessen Herrscher hatte ernsthafte indische Angebote abgelehnt, die dem Staat eine Autonomie anboten. Am 11. September 1948 besetzten indische Truppen Hyderabad. Heutzutage wird weder über Junagadh noch über Hyderabad gesprochen, einzig Kaschmir belastet weiterhin die indisch-pakistanischen Beziehungen.

Die Politik der Teilung Indiens hat kläglich versagt bei der Lösung aller Probleme, die deren Protagonist, der Führer der 'All India Muslim League', Mohammad Ali Jinnah, damit anstrebte. Die menschlichen Opfer waren horrend und Millionen auf beiden Seiten der Grenze wurden entwurzelt und mußten ihre Heimat verlassen. Wenn die Ablehnung der Machtteilung durch den 'Congress' von 1937 und die Wiederholung dieser Politik 1946 den Weg für die Teilung ebnete, so verbreitete Jinnahs Politik der "zwei Nationen" das Gift von Mißtrauen und Haß. Fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit haben Indien und Pakistan noch keine endgültige Lösung ihrer Differenzen erreicht. Der Streit um Kaschmir ist ein Symbol dieses Spaltung und gleichzeitig dessen wichtigste Ursache und Folge. Die Teilung Indiens ist gewiß eine der größten Tragödien der Menschheitsgeschichte.

A.G. Noorani ist Journalist und lebt in Bombay (Mumbai). Übersetzung: J. Clemens

Die Entwicklungen zur indischen und pakistanischen Unabhängigkeit im Spiegelbild der deutschen Presse

von Heinz Bongartz

Der folgende Beitrag ist keine historische Analyse der Entwicklungen der Jahre 1946 bis 1948 in Indien und Pakistan, sondern versucht vielmehr, die Art und Weise und die Tendenzen der Berichterstattung über eben jene Ereignisse und Entwicklungen in der deutschsprachigen Presse aufzuzeigen. Die meisten ausgewerteten und zitierten Artikel sind entweder wörtliche Abschriften entsprechender Agenturmeldungen oder aber gekürzte oder umgeschriebene Agenturmeldungen der Agenturen 'Deutscher Pressedienst-Reuter' (DPD-Reuter), 'Allgemeiner Europäischer Pressedienst' (AEP) und 'Sopade Informationsdienst'.

Zahlreiche Artikel, vor allem solche, die mehr den Charakter von Kurzmeldungen denn von Berichten haben, beruhen auf "unbestätigten Berichten aus gut informierten Kreisen".

Aus heutiger Sicht mag der Schluß nahe liegen, daß die Entwicklungen auf dem indischen Subkontinent nur von marginalem Interesse in Deutschland oder Europa waren - diese

Einschätzung ist jedoch falsch. Der 'Telegraf' meldete am 20.5.1947: "Seit Monaten vergeht kaum ein Tag, ohne daß die großen Nachrichtenagenturen sich in ihren Meldungen mit Indien befassen. Manchmal handelt es sich nur um einen Bericht von Demonstrationen in indischen Städten, zumeist dreht es sich jedoch um die Unabhängigkeit des Landes, die nach Beschluß der britischen Regierung im Juni 1948 Wirklichkeit werden soll."

Die Rolle Großbritanniens

In Großbritannien, wo Indien als "die Perle des englischen Weltreiches" galt, fand natürlich der Prozeß der indischen Unabhängigkeit, vor allem das Wie, großes Interesse. Der 'Sozialdemokrat' schrieb am 25.2.1947: "Die englische Regierung sieht sich einer unlösbar erscheinenden Aufgabe gegenüber. Sie steht vor der Wahl, so lange in Indien zu bleiben, bis sich die indischen Parteien geeinigt haben oder aber